



Bund der Steuerzahler
Niedersachsen und Bremen e.V.



Haus & Grund[®]
Eigentum. Schutz. Gemeinschaft.

Steuerzahlerbund und Haus & Grund fordern Grunderwerbsteuersenkung für junge Familien

Bremen, den 11. September 2024 – Haus & Grund und der Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen fordern in einer gemeinsamen Stellungnahme die Grunderwerbsteuer für junge Familien in Bremen zu erlassen.

„Statt die Grundsteuer, wie dringend erforderlich zu senken, plant der Senat eine Erhöhung um 0,5 Prozent“, kritisiert Thomas Trenz, Vorsitzender des Haus & Grund Landesverband Bremen e.V.

„Bürgermeister Bovenschulte und die übrigen Regierungsmitglieder werden nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen, dass preisgünstige Wohnungen in Bremen Mangelware sind. Wer trotz immer neuer Anforderungen an die Baustandards und steigender Instandsetzungs- und Modernisierungskosten Zurückhaltung bei den Mietanpassungen fordert, muss mit gutem Beispiel vorangehen und nicht selbst zum Preistreiber bei den Wohnkosten werden. Im Gegenteil, der Senat sollte nach Entlastungsmöglichkeiten für Kauf- und Bauwillige sorgen“, fordert Trenz.

„Eine Grunderwerbsteuer in Höhe von 5,5 Prozent lockt junge leistungswillige Familien nicht nach Bremen, um hier sesshaft zu werden und die hier dringend benötigte Einkommensteuer zu zahlen. Hier sollte sich der Bremer Senat ein Beispiel an Ländern wie Bayern nehmen, die mit jeweils 3,5 Prozent Grunderwerbsteuer gut leben können“, fordert Carl Kau als Vorstandsmitglied des Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen.

„Gerade im Rahmen des erstmaligen Erwerbs einer Immobilie sind die meist jungen Käufer darauf angewiesen, jeden Cent den sie investieren dreimal umzudrehen. Wenn diese willkommenen Neubürger durch vergleichsweise hohe Kaufnebenkosten abgeschreckt werden, überlegen sie sich gerne, ob eine Immobilie im Speckgürtel Bremens nicht günstiger zu erwerben ist, da dort auch die Immobilien- und Grundstückspreise entsprechend niedriger sind. Aus diesem Grunde muss unserer Meinung nach, die Idee erwogen werden, Ersterwerber komplett von der Grunderwerbsteuer zu befreien. Bei einem Erwerb einer Immobilie mit einem realistischen Preis von 400.000 Euro würden den jungen Familien bei der bis Ende des Jahres bestehenden Grunderwerbsteuerbelastung in Höhe von 5 Prozent 20.000 Euro mit der ab 1.1.2025 vom Rot-Rot-Grünen Senat angeordneten 10-prozentigen Erhöhung sogar 22.000 Euro erspart werden und für andere Investitionen zur Verfügung stehen“, rechnen die beiden Vorstände des Haus & Grund Landesverband Bremen e.V. und des Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e.V. vor.

„Wer gerade jungen Familien den Erwerb von Immobilien in Bremen erleichtern will und die Zukunft Bremens nachhaltig sichern möchte, kommt an einem niedrigen Grunderwerbsteuersatz oder an einem Erlass der Grunderwerbsteuer in Bremen nicht vorbei. Die angedachte Erhöhung der Grunderwerbsteuer ist ein fatales Signal“, so Kau und Trenz.